Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 435. Abendblatt. Mittwoch, den 19. September. 1866.

Deutschland.

Berlin, 19. September. Der König ist gestern Abends, begleitet von dem Kronprinzen, von Breslau hierher zurückgekehrt.

— Die Königin Augusta hat gestern Baden-Baden verlassen und trifft heute Abends von dort hier ein. In Eisenach begrüßten der Großherzog und der Erbprinz von Sachsen-Weimar die hohe Frau und schlossen sich der Begleitung nach Berlin an.

— Aus Leipzig wird uns gemeldet, daß die dort zur Messe anwesenden Kaufleute heute und morgen unseren heimkehrenden Truppen einen solennen Empfang bereiten wollen.

— Der Großherzog von Oldenburg kommt zu den bevorstehenden Festlichkeiten nicht nach Berlin, da am 21. c. seine Truppen ihren Einzug in Oldenburg halten. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin trifft morgen früh aus Ludwigslust hier ein.

— Der gesetzgebende Körper in Frankfurt hat in einer geheimen Sitzung den Beschluß gefaßt, gegen die Einverleibung Frankfurts Protest zu erheben, und zugleich energisch darauf hinzuweisen, daß die Einwilligung des Senats hinsichtlich des Ueberganges der Souverainetät an Preußen um so weniger von staatsrechtlicher Bedeutung sei, als in dem Freistaat Frankfurt nicht dieser, sondern allein das Volk Träger derselben gewesen. (Wozu der Lärm?)

— Bei der bevorstehenden Vermehrung des Friedensstandes der preußischen Armee soll darauf bedacht genommen werden, der leichten Infanterie eine große Aufmerksamkeit zuzuwenden. Bei der projektirten Formation von noch neuen 28 Infanterie-Regimentern sollen sich darunter 12 Füsilier-Regimenter befinden.

— Wie schon bekannt, überreichen hiesige Einwohner dem Kronprinzen einen Ehren-Degen und dem Prinzen Friedrich Karl einen Ehren-Säbel. Das Geschenk wird im Atelier von Sy und Wagner angefertigt und sind für dasselbe bereits über 5000 Thlr. eingegangen.

— Der Königl. Gesandte in Rom Frhr. Harry v. Arnim ist mit Urlaub hier eingetroffen.

— Die Publikation des Gesetzes wegen der Einverleibung, der betreffenden Proklamationen u. s. w. wird wie wir hören, in nächster Woche erscheinen. Es scheint auch hier, daß die Verzögerung durch das Unwohlsein des Ministerpräsidenten Grafen von Bismarck veranlaßt wird.

— Am 24. September wird die ostpreußische Südbahn auf der weiteren Strecke zwische Königsberg und Martenstein für den öffentlichen Verkehr in Betrieb gesetzt werden.

— Nach einer Verfügung des Königl. General-Postamtes erlischt, sobald die nach der Heimath zurückgekehrten Königlichen Truppen demobil geworden sind, die denselben während des mobilen Zustandes nach der Dienst-Ordnung für die Feldpost-Anstalten zustehende Portofreiheit und es treten demnächst diejenigen Portovergünstigungen wieder ein, welche den Truppen in den Garnisonen zugestanden sind.

— Die auf österreichischem Gebiete bestandenen Königlich preußischen Feldpost-Relais sind nunmehr sämmtlich eingezogen.

Berlin, 18. September. Die heutige 19. Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurde vom Präsidenten v. Forckenbeck um 10¼ Uhr eröffnet. Am Ministertische waren die Minister v. d. Heydt und v. Selchow, außerdem mehrere Regierungs-Kommissare anwesend. Unter den geschäftlichen Mittheilungen wird ein Schreiben des Magistrats von Berlin verlesen, worin derselbe anzeigt, daß für die Mitglieder des Landtages für die bevorstehenden Einzugsfeierlichkeiten Magistrats-Tribünen reservirt seien. Die Einlaßkarten liegen bereits im Bureau. — Abg. Aßmann ist in das Haus eingetreten. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist das Invaliden-Gesetz fnr Offiziere und höhere Militärbeamte. Berichterstatter ist der Abg. Stavenhagen. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung ergreift das Wort der Finanzminister v. d. Heydt. Derselbe entschuldigt den abwesenden Kriegsminister und drückt dessen Bedauern aus, bei der Berathung des Gesetzes nicht anwesend sein zu können. Zugleich spreche er Namens der Staatsregierung der Kommission den Dank für die warme Fürsorge aus, welche dieselbe für die Betheiligten an den Tag gelegt und erkläre, daß er den von der Kommission beschlossenen Abänderungen überall beitrete. Eine allgemeine Diskussion findet nicht statt, und nach geringer Spezial-Diskussion genehmigt das Haus den Gesetz-Entwurf in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung. (Die Minister Graf Itzenplitz und Graf zur Lippe sind erschienen. — Die Verträge zwischen Preußen und Anhalt, betreffend die Fortdauer des Anschlusses an das Steuersystem Preußens sowie mit dem Großherzogthum Luxemburg werden ohne Debatte genehmigt. — Bei dem Vertrage mit der freien Stadt Bremen wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrsverhältnisse und fernerweite Suspension der Weserzölle nimmt Abg. v. Vincke (Hagen) Veranlassung, die Haltung der Stadt Bremen gegenüber der preußischen Politik und die von dieser Stadt bewiesene Theilnahme für die preußischen Verwundeten rühmend anzuerkennen. Der Vertrag wird genehmigt, ebenso der mit Sachsen-Koburg-Gotha abgeschlossene Vertrag wegen ferneren Anschlusses des Amtes Volkenrode an das Zoll- und Steuersystem Preußens. — Der folgende Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Kommissionen für Handel und Gewerbe und für das Justizwesen über die Verordnung wegen Aufhebung der Wuchergesetze. Die Kommissionen haben, wie bereits mitgetheilt ist, vorgeschlagen 1) der Verordnung die nachträgliche Genehmigung zu ertheilen; 2) den von dem Herrenhause beschlossenen Gesetz-Entwurf abzulehnen. Ferner hat die Kommission eine Resolution beschlossen, welche dahin lautet: Die Staats-Regierung aufzufordern, dem Landtage in kürzester Frist Gesetz-Entwürfe vorzulegen, wodurch 1) die Freiheit des Zinssatzes und der Höhe der Konventionalstrafen, welche an Stelle der Zinsen für den Fall nicht rechtzeitiger Rückzahlung des Darlehns bedungen sind, auch für solche Darlehen eingeführt wird, für deren Sicherheit unbewegliches Eigenthum verpfändet ist; 2) die im zweiten Absatz des Artikels 292 des Handels-Gesetzbuches dem Kaufmann gegebene Befugniß, bei Schulden aus seinen Handelsgeschäften höhere Zinsen als 6 vom Hundert jährlich zu bedingen, auf die Geld-Verbindlichkeietn aus allen anderen Geschäften für anwendbar erklärt wird; 3) die in der Hypotheken-Ordnung und dem Hypothekenrechte bestehenden Erschwerungen des Realkredits möglichst beseitigt werden; 4) die Errichtung von Bank-Instituten gefördert wird.

Nach einer Empfehlung der Kommissions-Anträge durch den Berichterstatter Abgeordneten Graf v. Renard ergreift der Handelsminister Graf Itzenplitz das Wort: Zu der Zeit, als die Verordnung erlassen wurde, sei ein wirklicher Nothstand vorhanden gewesen. Derselbe sei hervorgerufen worden dadurch, daß Niemand an den Krieg glauben wollte. Als es dazu gekommen, da kamen die Leute, die Korporationen zu ihm und riefen: helfe, schaffe Geld. Die Bank habe dies gethan, so weit es möglich war. — Das Handelsgesetzbuch habe eine so wesentliche Lücke in die frühere Gesetzgebung gerissen, daß diese nicht mehr haltbar sei. Er bitte, die Verordnung so anzunehmen, wie sie erlassen sei, dagegen den vom Herrenhause beschlossenen Gesetzentwurf abzulehnen. Was die Resolution betreffe, so glaube er, daß die darin ausgesprochenen Wünsche sich von selbst erfüllen werden. (Bravo!) — Abg. Reichensperger: Auf die Gefahr hin, für einen unverbesserlichen Reaktionär gehalten zu werden, müsse er doch den Ansichten, welche in dieser Frage die Mehrheit beherrschten, entgegentreten. Er thue dies mit um so größerer Sicherheit, als er Wissenschaft und Religion und ihre Entwickelung bis auf den heutigen Tag auf seiner Seite habe. Selbst die hauptsächlichsten Vertreter der Nationalökonomie, Adam Smith, Rau und Roscher, könnten, trotzdem sie selbst Freiheit des Verkehrs befürworteten, einer solchen hinsichtlich der Darlehne nicht zustimmen, — Abg. John (Labiau): Es handle sich nicht darum, etwas anzuerkennen, was unsittlich sei. Wucher sei jedes Prozent Zinsen mehr als 5. — Abg. Glaser: Wenn man die Zinsfreiheit als Grundsatz proklamire, so müsse man auch die Bankfreiheit proklamiren, und das letztere halte er für unmöglich. Eine Regelung der Zinsverhältnisse sei eine Nothwendigkeit und eine Wohlthat. Es müsse Fürsorge getroffen werden, daß die Noth nicht ausgebeutet werde. — Abg. Michaelis spricht für die Kommissions-Anträge und widerlegt die Ausführungen des Vorredners. — Abg. Wedemeyer schildert die Nachtheile, welche die Aufhebung der Wuchergesetze nach sich ziehen könnte, durch Hinweisung auf die Zustände in Baiern, wo namentlich der kleine Grundbesitz in den Händen der Blutsauger verschmachte.

Der Regierungs-Kommissar Geh.-Rath Eck: Alle bisher gegen die Verordnung und für die Beibehaltung der Wuchergesetze vorgebrachten Gründe träfen nicht zu. Ueberall, wo die Zinsbeschränkungen aufgehoben seien, wie in England, Belgien, Sardinien, Württemberg, Sachsen, Oldenburg ꝛc. habe man die Erfahrung gemacht, daß das Resultat der Zinsfreiheit ein günstiges gewesen sei. Nach Erlaß des Handelsgesetzbuches würde es zu traurigen Inkonsequenzen führen, wollte man die Zinsbeschränkungen noch aufrecht erhalten.

Abg. Dr. Gneist: Die Grundbedingungen der früheren Gesetzgebung seien wesentlich verändert und derselben dadurch der Boden vollständig entzogen. Das Sittliche, was erstrebt werde, sei durch äußere Gesetze und Schranken nicht zu erreichen, sondern nur durch Stärkung des Volkes auf dem Boden der Freiheit. Eine Abhülfe könne geschaffen werden auf dem Boden des Volksunterrichts, auf dem Wege der Selbsthülfe ꝛc., dann aber vor allen Dingen durch Heranziehung der arbeitenden Klassen zum Dienste des Staats und der Kommunen. Die Gesetze der Sittlichkeit seien ewig, aber die Verbots-Gesetze, um welche es sich hier handele, seien völlig unhaltbar.

Nachdem Abg. Wagener gegen die Anträge der Kommission gesprochen, tritt der Handelsminister Graf Itzenplitz entgegen. Habe man ein gutes vortreffliches Gesetz, so brauche man nicht, wie Abg. Glaser wolle, damit bis 1868 zu warten. Man bringe es gleich ein, jedes Haus habe das Recht der Initiative. Die gegenwärtige Einrichtung trage nicht dazu bei, den abscheulichen Wucher zu beseitigen.

Abg Fühling empfiehlt die Aufhebung der Normativ-Bedingungen. — Die Diskussion wird geschlossen. Die Beschlüsse des Herrenhauses werden einstimmig abgelehnt. Mit großer Majorität ertheilt das Haus der Verordnung die nachträgliche Genehmigung und genehmigt ebenso die oben mitgetheilte Resolution.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Kommissionen für Handel und Finanzen über die Verordnung vom 18. Mai 1866, betreffend die Errichtung der Darlehnskassen. Ihre Anträge auf Nichtgenehmigung der Verordnung, auf Ertheilung der Indemnität und Erlaß eines Gesetzes in Bezug auf die Schließung der Kassen und Herausziehen der Darlehnsscheine aus dem Verkehr sind bekannt. Es sind dazu zwei Amendements eingebracht, von dem Abg. Bode und von dem Abg. v. Nordenflycht.

Abg. v. Nordenflycht (wegen fortwährender Unruhe schwer verständlich): Redner wendet sich gegen die Kommissions-Anträge, welche den Zweck zu haben schienen, der Regierung einen national-ökonomischen Verweis zu ertheilen; es sei vorzuziehen, ihr Verfahren zu billigen und den Schluß der Darlehnskassen jetzt zu dekretiren. Die Gründe der Kommission für ihr Verfahren seien nicht stichhaltig. Den Satz, daß der Staat nicht berufen sei, Einzelne zu unterstützen, habe er nirgends gefunden, weder in Büchern, noch in seiner langen Praxis. Die Absicht der Regierung sei eine gute gewesen und ebenso die Folgen der Verordnung; deshalb müsse man sie billigen. (Bravo rechts!)

Abg. Michaelis: Ich bin nicht in der Lage, diesem Wunsche nachzukommen, weil es unmöglich ist, die Verordnung für die Vergangenheit gültig zu machen, da sie nicht verfassungsmäßig und also nie gültig gewesen ist. Selten hat ein Erlaß einen solchen Eindruck auf das Land gemacht, als dieser, der den letzten Paragraph unserer Verfassung, den §. 103, anzutasten schien, der bisher noch unangetastet war. Daß die Verordnung gut gemeint war, will ich glauben, in Betreff ihrer guten Wirkung aber muß ich bemerken, daß sie denjenigen allerdings geholfen haben mag, welche Darlehne erhalten haben; der Staat kann aber Einem nicht Wohlthaten erweisen, ohne einem Anderen zu schaden, denn wo sollte er die Mittel dazu hernehmen? Hier war es allerdings leicht; es wurde ein Blatt Papier bedruckt und ausgegeben. Es sollte denjenigen, die Waaren wegen der schlechten Preise nicht verkaufen wollten, dennoch möglich gemacht werden, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Half man aber dieser Noth, so mußte man die Noth der Käufer steigern und die Produktion hemmen. Der Grund der ganzen Stockung aber lag in zwei Uebeln, welche noch bestehen, weil unser kaufmännisches Wesen noch in der Entwickelung ist, daß namlich unsere Gewerbetreibenden mit wenig Kasse und viel Kredit arbeiten. Sobald eine Stockung eintritt, wenden sie sich dann an den Staat; wenn dieser Kasse und Kredit durch Papiergeld schaffen will und kann, so wird das Uebel nur verstärkt. Ferner aber war ein wichtiger Grund jener Stockung das Mißtrauen gegen die Sicherheit unserer Valuta; und es war für uns ein Glück, doß zugleich die Londoner Papiere sehr sanken. In jenem Momente kam nun die Verordnung gegen Artikel 103 der Verfassung; das Mißtrauen mußte natürlich steigen, und daß wir vor großem Unglück bewahrt geblieben sind, verdanken wir nur unserer Armee. (Bravo links.) Die Regierung wurde zwar von den Handelskammern angegangen um diese Maßregel; aber diese Behörden haben ja nur die Klagen der Kaufleute der Regierung vorzutragen. Gerade weil dieses ganze System noch vorhanden ist, welches in der Noth die Stellung der Regierung erschwert, ist es unsere Pflicht, über die Sicherheit der Landeswährung zu wachen. Kredit und Valuta hängen nicht von dem guten Willen und der Standhaftigkeit der Regierung in schweren Lagen ab, sondern von der Einsicht der vom Volk gewählten Landesvertretung. Schaffen wir durch unsere Abstimmung ein Merkzeichen, daß Artikel 103 nie wieder in Frage gestellt werden wird. Das geht aber auf keine andere Weise, als daß wir die Genehmigung zur Verordnung ablehnen. (Lebhaftes Bravo links. Zischen rechts.)

Abg. v. Eynern: Ich will nicht nur für die Darlehnskassen sprechen, sondern auch der Regierung meinen Dank votiren. (Bravo rechts). Meine Herren! Ich habe nie einen einseitigeren Bericht gesehen, als diesen Kommissionsbericht. Als Hauptautorität führt der Bericht Herrn v. Patow an, aber nur diejenigen Worte von ihm, die er vom theoretischen Standpunkt aus gegen die Darlehnskassen angeführt, nicht aber wie er vom praktischen Gesichtspunkte dieselben vertheidigt hat. (Redner verliest eine längere Stelle aus dem stenographischen Bericht der damaligen Rede des Herrn v. Patow). Daß die Darlehnskassen so wenig benutzt worden sind, liegt an der schnellen glücklichen Wendung der Ereignisse. (Redner ist bei der Unruhe des Hauses schwer verständlich; er deduzirt, daß die Umstände, welche den Erlaß dieser Verordnung herbeiführten, höchst dringende waren, daß sie einen sehr heilsamen Einfluß ausgeübt, und daß dies auch damals vom Handels- und Gewerbestande anerkannt sei, darunter Mitglieder aller Parteien. Er verliest unter wachsender Unaufmerksamkeit des Hauses zum Beweise dessen mehrere Schriftstücke.) Ich für meine Person spreche daher der Regierung meinen Dank aus (Bravo rechts) und werde auch meines Theils die nachträgliche Genehmigung derselben ertheilen. Daher werde ich in erster Linie für den Antrag des Abg. Bode, in zweiter für den v. Nordenflycht stimmen.

Handelsminister v. Itzenplitz: Meine Herren, erlauben Sie mir einige Bemerkungen zur Sache, die vielleicht Gewicht haben, da ich gerade Gelegenheit gehabt habe, zu beobachten, wie die Dinge sich damals entwickelten. Der Erlaß der in Rede stehenden Verordnung war allerdings nothwendig. Außer der Aufhebung der Wuchergesetze wurde auch ein solches Institut, wie es sich 1848 bewährt hatte, allerseits verlangt. Beides that die Regierung. Wenn nun gesagt ist, es sei damit die Verfassung verletzt, so ist das eine zweifelhafte Frage; aber ich möchte Sie doch bitten, sich hier nicht an theoretische Deduktionen, sondern an das frische Leben zu halten. Bei Erlaß der Verordnung hat, das kann ich Sie versichern, gewiß kein Minister an die Verletzung der Verfassung gedacht. Und haben wir wirklich die Form verletzt, nun so bitten wir ja jetzt um Indemnität und handeln so verfassungsmäßig korrekt. Wir konnten ja nicht wissen, wie lange die allgemeine Kalamität dauern würde; es handelte sich darum, der allgemeinen Stockung entgegenzutreten. Sämmtliche Waaren waren in dem Augenblick entwerthet, ebenso die Staatspapiere. Es wäre ein großes Unglück gewesen, wenn alle Leute ihre Waaren, ihre Produkte, ihre Staatspapiere hätten verschleudern müssen. Von sehr gewichtiger Seite ist gesagt worden, es sei dadurch blos ein neues Papiergeld geschaffen worden; aber wir haben doch ein Pfand dafür genommen, und wir konnten recht gut der Hoffnung sein, daß die Sache nicht zum Schaden des Landes ausfallen würde. Ich bitte Sie daher dringend, thun Sie keinen Schritt, der irgend etwas von dem ungültig macht, was geschehen ist, Sie würden dadurch das Land in große Noth stürzen und das können Sie nicht verantworten. Der einzige Fehler war der, daß wir nicht gleich die nöthigen Zettel hatten, es mußten erst neue Formen gemacht werden und trotz der raschen Arbeit der Staatsdruckerei ging gerade die eigentliche Zeit der Noth darüber hin. Hätten wir die Scheine gleich in den ersten 8 Tagen nach Erlaß der Verordnung ausgeben können, meine Herren, so wären die ganzen 25 Millionen ausgegeben worden. Daß es gleich hernach besser geworden ist, dafür wollen wir Gott danken; aber deswegen wollen wir nicht Leuten einen Vorwurf machen, die, um dem Lande zu helfen, die Verantwortung dafür auf sich genommen haben. (Bravo!)

Die Vertagung der Diskussion wird beantragt und angenommen. — Schluß der Sitzung nach 3 Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über die Darlehnskassen und Wahlprüfungen.

Am Montag wird die Berathung des Kreditgesetzes stattfinden.

Breslau, 15. September. Graf Pinto-Mettkau, der mit Herrn Landschafts-Direktor v. Lieres auf Stephanshain das Kuratorium der „Provinzial-Zeitung für Schlesien" führt, hat in dieser Zeitung unmittelbar nach Erscheinen des Aufrufs Sr. K. H. des Kronprinzen in zehn Artikeln einen Plan entwickelt und für denselben die Theilnahme der Bewohner der Provinz in Anspruch genommen, der in allen Kreisen Beifall findet und mehr und mehr der Verwirklichung entgegenreift. Alle übrigen schlesischen Zeitungen haben sich bisher zu demselben schweigend verhalten. Dies muß dem Kuratorium der Provinzial-Zeitung lieb sein; denn hierdurch stellt sich thatsächlich der große Einfluß recht klar heraus, den die Zeitung namentlich auf dem Lande ausübt, nnd den man von Seiten der Gegner, um ihr Inserate zu entziehen, wiederholt bemüht war, zu läugnen. In den Artikeln wird der Vorschlag gemacht, durch Ueberweisung des Guthabens, welches die Einzelnen für die Natural-Lieferungen an Heu, Stroh, Hafer und Fleisch an den Staat haben — Leistungen, welche bei dem bestehenden Modus der Vertheilung einen gleichmäßigen Beitrag aller Bewohner der Provinz nach ihrem Vermögen darstellen — ein Grundkapital für die Invaliden und die Hinterbliebenen der Gefallenen zu bilden. Dieser Vorschlag, welcher der patriotisch begeisterten und dankbaren Stimmung würdigen Ausdruck verleiht und eine großartige Ausführung ermöglichen würde, findet auch Beifall, weil er den Einzelnen der Sorge überhebt, durch Zeichnung eines freiwilligen Beitrages hinter den Anforderungen, welche für den großen Zweck gestellt werden können, zurückzubleiben oder sich zu überheben.

Meiningen, 17. September. Se. Hoh. der Herzog hat, wie ich aus sicherer Quelle erfahre, den Entschluß gefaßt, die Regierung des Landes zu Gunsten Sr. Hoheit des Erbprinzen niederzulegen. Die desfallsige Notifikation ist bereits unter dem 7. d. M. nach Berlin abgegangen. Die Auseinandersetzung zwischen Sr. Hoh. dem Herzog und Sr. H. dem Erbprinzen geht in der allernächsten Zeit ihrer definitiven Regulirung entgegen. Sobald dieselbe erfolgt ist, wird der Thronwechsel selbst stattfinden. — Der Wirkl. Geh. Rath Dr. jur. v. Uttenhoven ist unter dem 14. d. M. nach Enthebung von dem Amte des Ministers zum verantwortlichen Mitgliede des Staatsministeriums und zum Vorstand der Ministerial-Abtheilungen der Justiz und für Kirchen- und Schulsachen ernannt worden. (N. Pr. Z.)

Hanau, 16. September. Nach dem „Fr. J." ist dem Vorstande der deutsch-katholischen Gemeinde auf das Gesuch vom 5. September „um Aufhebung des Beschlusses des kurfürstlichen Ministeriums des Innern vom 13. Dezember 1864, die Ausweisung des Prediger Biron betreffend", auf dem hiesigen Polizeiamte die angenehme Eröffnung geworden, daß dem Gesuche gewillfahrt und das Polizeiamt beauftragt ist, Herrn Biron diesen Beschluß mitzutheilen.

Frankfurt a. M., 16. September. Der Königl. preußische Civil-Gouverneur, Frhr. von Patow, hat das B. v. Rothschildsche Haus, in welchem seither der französische Gesandte wohnte, auf drei Jahre gemiethet. Der Civil-Kommissar von Madai hat ebenfalls nunmehr eine Privatwohnung bezogen, und zwar das Kriegksche Haus auf dem Taunusplatz. — Die Thätigkeit der städtischen Münze ist seit einigen Tagen eingestellt. — Die noch hier befindlichen Truppentheile der Main-Armee haben ihre weißen Feld-Armbinden abgelegt. — Der hiesige Verein zur Pflege ver-

wundeter und kranker Krieger hat abermals ein Dampfschiff nach dem Ober-Main geschickt, um sämmtliche noch dort befindliche transportfähige verwundete Soldaten nach hier und von da weiter nach Koblenz zu befördern. — Gestern kam ein preußischer Brückenzug hier durch, welcher hingereicht haben würde, den Rhein an seiner breitesten Stelle zwei Mal zu überbrücken. Der ganze, der früheren Elb-Armee angehörige, Train war reich mit Blumen geschmückt. — Viele von den entlassenen Soldaten unseres ehemaligen Linien-Bataillons haben sich in Bremen anwerben lassen. Ueber die Stellung, welche die Offiziere dieses Bataillons in Zukunft einnehmen werden, verlautet noch nichts. — Herr v. Erlangen, der Mitunternehmer der neuesten bairischen Prämien-Anleihe von 16 Millionen Thalern, wird diese Woche Anlehen an die hiesige Börse bringen.

Ausland.

Wien, 16. September. Einige militärische Personenfragen sind bereits dieser Tage entschieden worden. Erzherzog Karl Ferdinand, welcher bisher Ober-Kommandant aller Reservetruppen gewesen, hat dem aktiven Militärdienste entsagt und ist mit einem eigenhändigen Dankschreiben des Kaisers begnadigt worden; ferner wurden dem interimistischen Kriegsminister die Feldmarschall-Lieutenants von Roßbacher und Arbter als Stellvertreter zugetheilt. Ersterer hat längere Zeit im Generalstabe gedient und gilt für einen sehr unterrichteten Offizier; der zweite ist schon seit einer Reihe von Jahren im Büreaudienste des Kriegsministeriums in Verwendung.

König Johann von Sachsen hat gestern einen Ausflug nach der Steiermark unternommen, um die in Liebenau bei Gratz untergebrachten Zöglinge der sächsischen Militär-Akademie zu besuchen.

Haag, 17. September. Die „Staats-Kourant" (die amtliche Zeitung) meldet, daß der Minister der Kolonieen, Meyer, seine Demission gegeben hat. Er wird durch das Mitglied des Staatsraths, Trakraner, (?) ersetzt werden. Der Rücktritt Meyers ist erfolgt, weil er den hohen Posten als General-Gouverneur des holländischen Ostindiens an Stelle des Herrn Sloet übernehmen soll, der die Rückreise in das Mutterland bereits angetreten hat. — Man spricht jetzt in den Niederlanden von einer riesenartigen Unternehmung, für die man bereits die Vorarbeiten macht. Es handelt sich dabei um nicht Geringeres, als um die Austrocknung eines großen Theils des Zuidersees auf einer Oberfläche von 195,000 Hectaren. Die Kosten dieser Unternehmung werden auf 106½ Millionen Gulden geschätzt.

Pommern.

Stettin, 19. September. Heute früh 2¾ Uhr wurde die Feuerwehr allarmirt. Es stand das Innere einer Böttcherwerkstelle, im Hinterhause große Lastadie Nr. 28, in Flammen, auch war bereits der Windelboden durchgebrannt und daß Feuer in die Dachetage gedrungen, so daß es nur dem schnellen und kräftigen Eingreifen der Feuerwehr zu danken ist, daß dasselbe nicht größere Dimensionen annahm. Dabei herrschte während des Löschens eine so anerkennenswerthe Ordnung und Ruhe, daß die Bewohner des Vorderhauses erst zwei Stunden später als bereits alle Gefahr beseitigt und das Feuer vollständig gelöscht war, erfuhren, daß überhaupt auf ihrem Grundstücke Feuer gewesen sei.

— Heute treffen hier 50 Mann von der Feld-Eisenbahn-Abtheilung der 2. Armee aus Böhmen ein, um von hier aus wieder ihren resp. Truppentheilen überwiesen zu werden.

— Von gestern bis heute sind an der Cholera vom Civil im 3. Polizei-Revier erkrankt 1, im 5. Revier erkrankt 1, gestorben 1, zusammen resp. 2 und 1; vom Militär keiner.

— Da wegen Unwohlsein des Fräulein Hülgerth die für heute angekündigte Oper „Don Juan" nicht gegeben werden kann, so findet dieselbe Morgen statt. Heute Abend aber bleibt die Bühne geschlossen.

— (Stadtverordneten-Sitzung am 18. September. Der Magistrat beantragt, dem Eigenthümer Wiesinger zu Neu-Torney auf dessen zu 5975 Thlr. taxirtes Grundstück aus dem Fond der Scheibert-Kleinsorge'schen Stiftung von 2600 Thlr. ein Hypothek-Kapital von 1800 Thlr. zu gewähren, was bei der Sicherheit der Hypothek von dem Referenten befürwortet wird. Der Dr. Wolff hält es aber für ungerechtfertigt, Gelder auf Hypotheken auszuleihen, wenn die Stadt, wie bekannt, selbst genöthigt ist, eine bedeutende Anleihe zu machen und beantragt daher, dies Gesuch abzulehnen. Obgleich der Oberbürgermeister Hering ausführt, daß das in Rede stehende Stiftungskapital der Stadt nur in Verwahrung gegeben sei und gar nicht zu deren Besitzthum gehöre, weshalb der Magistrat es für zweckmäßig erachte, dasselbe nicht mit in den großen Topf zu werfen, sondern getrennt zu verwalten, so wird doch nach einiger Debatte die Ausleihung abgelehnt. — Zum 1. Januar k. J. werden vier Pachthöfe am Dunzig pachtfrei und sollen dieselben anderweitig auf 6 Jahre, jedoch nicht unter 1 Thlr. pro Quadratruthe verpachtet werden. Nachdem in dem desfallsigen Termine am 16. Juni keine genügenden Gebote abgegeben, ist in einem neuen Termine am 21. August für den Pachthof Nr. 1 von den früheren Pächtern, Proschwitzky und Hofrichter, die neue Taxsumme mit jährlich 288 Thlr. (früher nur 222 Thlr.) geboten, Für den Pachthof Nr. 3—4 waren zwar in dem Termine von den bisherigen Pächtern, Hellwig und Sanne, statt der Taxsumme von 830 Thlr. nur 500 Thlr. (frühere Pacht 400 Thlr.) geboten, dieselben haben sich indessen nachträglich bereit erklärt, die 830 Thlr. zu zahlen und ertheilt die Versammlung für diese beiden Pachthöfe den Zuschlag zu den Geboten von resp. 288 und 830 Thlr. Für die Pachthöfe Nr. 5 und 6 ist bis jetzt noch kein annehmbares Gebot abgegeben worden und soll daher zu diesem Zwecke über dieselben ein neuer Termin angesetzt werden. — Die beiden auf der Tagesordnung stehenden Angelegenheiten, wegen Erhebung der Gebühr für Grabstellen und der Anstellung der Inspektoren auf den neuen Begräbnißplätzen, sowie wegen Bewilligung der Kosten für Herrichtung der beiden Begräbnißplätze, werden für heute abgesetzt, da die Finanz-Kommission über dieselben noch nicht schlüssig geworden ist. — Der Kontrakt mit dem technischen Betriebs-Direktor der städtischen Gas-Anstalt, Herrn Kornhardt, ist Ende dieses Jahres abgelaufen. In dem von der Gas-Kommission entworfenen und von dem Magistrate genehmigten neuen Vertrage ist dem künftigen technischen Direktor unter Anderm zur Pflicht gemacht, nicht ohne Urlaub über Nacht aus der Gas-Anstalt fortzubleiben und ohne Genehmigung des Magistrats keine Anlagen ꝛc. auswärtiger Gas-Anstalten auszuführen. Das Gehalt beträgt jährlich 1000 Rt. neben freier Wohnung in der Anstalt, freier Feuerung und freiem Gaslicht, außerdem 3 pCt. von dem Rein-Ertrage, jährlich mindestens 800 Rt., als Tantieme. Beiden Theilen steht eine einjährige Kündigung frei. Hr. Kornhardt hat sich bereit erklärt, diesen Kontrakt zu vollziehen und ist die Versammlung mit seiner ferneren Anstellung als technischer Betriebs-Direktor, sowie mit den neuen Kontrakts-Bedingungen einverstanden. — Der von dem Dr. Amelung erstattete Kommissionsbericht über die Berathung der Erwiderung des Magistrats, die Feststellung des Etats pro 1866 betreffend, gab mehrfach zu längeren Debatten Veranlassung. Namentlich war dies bei Nr. 27 des Berichtes der Rechnungs-Abnahme-Kommission der Fall, in welcher von dieser beantragt wird: den abermals mit 3000 Rt. in die Einnahmen gestellten Beitrag der Feuer-Societäts-Kasse zu den Kosten der Feuerwehr zu streichen und dagegen auf Grund des Statuts von 1722 nur 600 Rt. in die Einnahmen einzustellen, welcher Betrag in dem Etats-Entwurf als die Kosten der Unterhaltung der Löschgeräthe für 1866 angenommen ist. Obgleich Hr Oberbürgermeister Hering im Laufe der Debatte hervorhob, daß die Versammlung durch die Gewährung dieser 600 Rt. in dieser nun schon jahrelangen Streitfrage von ihrer frühern strikten negativen Haltung in entgegenkommender Weise Abstand genommen habe und zugleich hoffte, daß eine nähere Prüfung der Bestimmungen mehrfacher desfallsiger Hof-Reskripte und namentlich der Feuerlöschordnung von 1796 einen noch weiteren Ausgleich der Differenz herbeiführen werde, so wurde doch der Antrag der Kommission, den betreffenden Beschluß No. 27 aufrecht zu erhalten, von der Versammlung mit großer Majorität genehmigt. Ebenso genehmigte die Versammlung bei allen übrigen Punkten, gegen welche der Magistrat Einwendungen gemacht, die die früheren Beschlüsse aufrecht erhaltenden Anträge ihrer Kommission. Nach allen diesen Beschlüssen stellt sich in dem Ordinarium die Einnahme auf 422,505 Thlr. 5 Pf., die Ausgabe auf 386,800 Thlr. 16 Sgr. 9 Pf., so daß sich ein in das nächste Jahr zu übertragender Ueberschuß von 35,704 Thlr. 13 Sgr. 7 Pf. ergiebt. Der Magistrat hat in seiner Erwiderung bei vielen von ihm monirten Punkten den Ausdruck gebraucht: Er könne dem betreffenden Beschlusse „nicht zustimmen." Gegenüber diesem Ausdruck erklärt die Kommission: sie bedauere, daß diese Erwiderung weder in Form noch in der Sache einem versöhnlichen Geiste entspreche, verwahre sich daher gegen jede Zustimmungs-Ertheilung oder Versagung des Magistrats, da der Stadtverordneten-Versammlung, ohne jede Concurrenz des Magistrats, allein das Recht zustehe, den Etat festzustellen. Der Magistrats-Kommissarius, Herr Stadtrath Hoffmann, suchte zwar auszuführen, daß der Magistrat mit jenem Ausdrucke durchaus nicht das qu. Recht der Versammlung habe angreifen wollen, indessen genehmigte schließlich die Versammlung, nach längerer Debatte, die Erklärung ihrer Kommission. — Die noch auf der Tagesordnung stehenden Rechnungssachen wurden wegen der vorgerückten Zeit bis zur nächsten Sitzung vertagt.

♂ **Swinemünde,** 18. September. Auf der Rückkehr vom Kriegsschauplatze in Böhmen nach seiner Garnison wurde das 1. Bataillon 5. pomm. Infanterie-Regiments Nr. 42 am 8. September c., Abends 8 Uhr, nach 24stündiger Eisenbahnfahrt in der ersten heimathlichen Stadt Anklam, welche mit ihrem Kreise vielen Mitgliedern des Bataillons Heimath ist, auf das Herzlichste und Festlichste empfangen.

Eine dicht gedrängte Menge füllte jubelnd den Perron der Eisenbahn und begleitete das Bataillon in die auf das Glänzendste erleuchtete Stadt, nachdem der Kommandeur seitens des Herrn Landraths, Bürgermeisters und einiger jungen Damen bewillkommt und das Bataillon durch einen Trunk erfrischt worden war.

Der ausnahmslos freudige Empfang, die prächtige und brillante Ausschmückung der ganzen Stadt machten einen bleibenden Eindruck sowohl auf die, welche ihn bereitet, als auf diejenigen, denen er bereitet worden war.

Zum Bedauern des Bataillons konnte die festliche Bewirthung in den guten Quartieren nur kurze Zeit genossen werden, denn schon am andern Morgen marschirte dasselbe weiter, der heimathlichen Insel Usedom zu. Rasch wurde es durch die braven Zecheriner Fährleute und unter Anleitung ihres umsichtigen Schulzen übergesetzt und auf der Insel, wie in der Stadt Usedom, wo es Quartier bezog, unter Ehrenpforten, durch Musik und reichliche Bewirthung von den treuherzigen Bewohnern empfangen.

Dieser Empfang wiederholte sich in gleich freudiger und herzlicher Weise am folgenden Tage in allen Dörfern der Insel Usedom, welche das Bataillon passirte und erreichte, nachdem von einigen Landherrschaften ein Frühstück servirt worden war, seinen Höhepunkt beim Einrücken in die frühere Garnison Swinemünde.

Tausende von Bewohnern aller Stände waren dem Bataillon mit Blumenspenden und Willkommsgrüßen bereits eine Meile weit entgegen geeilt. Dasselbe zog, von der immer dichter werdenden Menge begleitet, von dem Herrn Kommandanten der Festung eingeholt, bewillkommt von sämmtlichen städtischen und Königlichen Behörden, unter Vorantritt der Gewerke, unter Glockengeläute und Kanonenschlägen in die mit Flaggen und Blumen reich geschmückte Stadt und wurde, nachdem durch den Kommandeur ein Dank für den Empfang ausgesprochen worden war, in die Quartiere entlassen, wo jeder einzelne Mann wieder herzlich willkommen geheißen und bewirthet wurde.

Abends war Swinemünde glänzend erleuchtet. An den folgenden Abenden hatte die Stadt den Unteroffizieren und Soldaten der Garnison in verschiedenen Lokalen Tanzvergnügen und den Herren Offizieren ein Fest-Diner bereitet.

Ungestörte Freude und Heiterkeit herrschte bei diesen Festen und die Erinnerung wird allen Theilnehmern eine bleibend freudige bleiben.

Stargard. Am 17. Morgens 6½ Uhr entsprang aus dem hiesigen Kriminalgefängniß der Schuhmacher Marin, welcher sich wegen Wechselfälschung in Untersuchungshaft befindet. Bei Austheilung der Morgensuppe benutzte er einen günstigen Augenblick und verschwand über den Zaun, wurde aber sofort vermißt und vom Oberaufseher Stockmann verfolgt. Der Flüchtling war zunächst bei einem guten Freunde, dem Schuhmacher Sch. angekehrt, hatte sich von demselben zwei Groschen geliehen und seinen Weg dann nach Zarzig zu eingeschlagen. Kurz vor Zarzig gelang es endlich dem Oberaufseher mit Hülfe eines Landwehr-Kürassiers den Flüchtling zu ergreifen und ihn in seine Haft zurückzuführen.

— Nächsten Freitag, den 21. d. M., Nachmittags von 2 Uhr ab, sollen hier auf dem Wilhelmsplatz ca. 46 dem Saatziger Kreise gehörige Mobilmachungspferde meistbietend gegen Baarzahlung verkauft werden.

± **Plathe,** 18. September. Nachdem am 15. d. Mts. hier bekannt wurde, daß am folgenden Tage die 4. Eskadron des neumärkischen Dragoner-Regiments die Stadt passiren würde, schmückten sich schnell die Häuser und Straßen mit Guirlanden und Kränzen, sowie preußischen Fahnen, so daß die Stadt am 16. d. Mts. ein ungemein festliches Ansehen hatte. Der Magistrat mit der Schützengilde nahm an diesem Tage vor dem Naugardter Thore Aufstellung und begrüßte darauf der Herr Bürgermeister Moerner in einer Ansprache, worin er die von den Dragonern bewiesene Tapfarkeit hervorhob, die der Schützengilde vis-a-vis Aufstellung genommene Eskadron und schloß mit einem dreimaligen Hoch auf das Dragoner-Regiment und auf das ganze Heer, in welches die versammelten Einwohner freudig und kräftig einstimmten. Der Herr Kommandeur, Rittmeister v. d. Groeben, brachte hierauf ein Hoch auf die Stadt Plathe aus und erfolgte nunmehr der Einmarsch in die geschmückte Stadt, auf welchem man den Dragonern von allen Seiten Blumen und Kränze zu warf. Auf dem Marktplatze wurde den Soldaten von Seiten der Stadt auf aufgestellten Tafeln, die reich mit Blumen verziert waren, eine Erfrischung gereicht, während der Herr Rittergutsbesitzer v. d. Osten zu Schloß Plathe die Offiziere bewirthete. Nachdem der Rittmeister v. d. Groeben ein Hoch auf Sr. Majestät, den König, ausgebracht hatte, in das sowohl Militair als Civil jubelnd einstimmte, verließen uns die Dragoner von unzähligen schönen Händen mi[t] Blumen und Kränzen beworfen.

Neueste Nachrichten.

Breslau, 18. September, Nachm. Bei der Begrüßung durch die Stände des Breslauer Landkreises erwiederte Se. Maj. der König: Es freut Mich, Meine Herren, daß Ich Gelegenheit habe, persönlich der Provinz Meinen Dank sagen zu können, welche am meisten durch den Feind gefährdet war. Es war Mir Bedürfniß, hierher zu kommen; denn es hat Mein Herz freudig berührt, daß gerade diese Provinz im Augenblick der Gefahr einmüthig, wie im Jahr 1813, sich patriotisch erhoben hat. Mein Dank ist der Zweck Meines Hierseins.

Florenz, 18. September. Einer Mittheilung der „Nazione" zufolge ist die Frage wegen Uebernahme der venetianischen Staats-schuld ihrer Lösung nahe; Oesterreich hätte außer der auf Venetien kommenden Schuld eine Baarsumme im Betrage von 73 Millionen gefordert und sich dann zur Räumung Venetiens bereit erklärt. Italien hätte zur Unterhandlung auf dieser Basis seine Zustimmung gegeben und seinerseits versöhnliche Vorschläge gemacht. Frankreich und Preußen seien bemüht, beide Theile in Einvernehmen zu setzen.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 19. September. Der heutige „Staats-Anzeiger" bringt eine Danksagung des Königs für die zahlreichen wohlthuenden Kundgebungen der Treue, Hingebung und Opferfreudigkeit für König und Vaterland, welche aus Anlaß des siegreich beendeten Krieges von allen Seiten dem Könige zugegangen. „Die unzerstörbare Einheit des Fürsten und des Volkes wird auch in der neuen Epoche alle Unterschiede und Gegensätze in Liebe zum gemeinsamen Vaterlande und in Bethätigung des historischen Berufs Preußens in Deutschland versöhnen und nutzbar machen."

Schiffsberichte.

Swinemünde, 18. September, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Anna, Küper von Flensburg. Hermann u. Maria, Runck von Königsberg. Revier 14 1/12 F. Wind: N. Strom eingehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 19. September. Witterung: schön. Temperatur: + 16° R. Wind: Süd.

An der Börse.

Weizen behauptet, loco gelber 69—75 Rt., September-Oktober 74, 73¾, ½ Rt. bez., 73¾ Rt. Br. u. Gd., Oktober-November 72½ Rt. bez. u. Br., November-Dezember 71½ Rt. bez., Frühjahr 73 Rt. bez. u. Br., (in einem Falle 72¼ Rt. bez.)

Roggen behauptet, pr. 2000 Pfd. loco 47—48½ Rt., September 47½ Rt., September-Oktober 47 Rt. bez. u. Gd., Oktober-November 46 Rt. Gd., 46¼ Br., Frühjahr 46 Rt. bez., Gd. u. Br.

Gerste loco pr. 70pfd. Oderbruch 43, ½ Rt. bez., schles. 43—44 Rt. bez., pomm. 40—43 Rt. bez.

Hafer und Erbsen ohne Umsatz.

Winterrübsen September-Oktober 85 Rt. Br., Oktober-November 85½ Rt. Br.

Rüböl still, loco 12⅔ Rt. Br., September-Oktober 12 5/12 Rt. Br., Oktober-November 12¼ Rt. Br., November-Dezember 12⅙ Rt. Br.

Spiritus matt, loco ohne Faß 15¾, 7/12 Rt. bez., von der Bahn 15½ Rt. bez., September-Oktober 14 11/12 Rt. bez. u. Gd, 15 Rt. Br., Oktober-November 14⅔ Rt. Br., 14½ Rt. Gd., November-Dezember 14⅓ Rt. Gd., Frühjahr 15 Rt. bez. u. Gd.

Angemeldet: 500 Ctr. Rüböl.

Landmarkt.

Weizen 65—75 Rt., Roggen 46—48 Rt., Gerste 43—44 Rt., Erbsen 52—54 Rt. per 25 Schffl., Hafer 24—26 Rt. per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 7—9 Rt., Heu pr. Ctr. 10—15 Sgr.

Hamburg, 18. September. Getreidemarkt sehr fest, aber ruhiger. Weizen pr. September-Oktober 5400 Pfd. netto 128 Bankothaler Br., 127½ Gd., pr. Oktober-November 125 Br., 124½ Gd. Roggen 80pfd. pr. April-Mai zu 72—73, ab Danzig zu 73—74 verkauft, pr. September-Oktober 5000 Pfd. Brutto 78 Br., 77½ Gd., pr. Oktober-November 78 Br., 77½ Gd. Oel fester, pr. September 27 Br., pr. Oktober 27¼, pr. Mai 27¼. Kaffee ruhig. Zink 1500 Ctr. loco mit Empfang zu 13 9/16 verkauft.

Stettin, den 19. September.

Berlin	kurz	—	Pom. Chauss.-		
"	2 Mt.	—	bau-Obligat.	5	—
Hamburg	6 Tag.	151⅞ G	Used.-Wollin.		
"	2 Mt.	151 G	Kreis-Oblig.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143 G	St. Str.-V.-A.	4	—
"	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A.	4	116 B
London	10Tag.	6 23½ bz	Pr. See-Assec.-		
"	3 Mt.	6 21¼ B	Comp.-Act.	4	—
Paris	10 Tg.	—	Pomerania	4	106 G
"	2 Mt.	80¼ B	Union	4	101 B
Bordeaux	10 Tg.	—	St.Speich.-Act.	5	—
"	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.	5	—
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.-		
"	3 Mt.	—	Zuckers.-Act.	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—	N. St. Zucker-		
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4	—
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-		
Preuss. Bank	5	Lomb. 5½ %	Fabrik-Anth.	4	—
Sts.-Anl.5457	4½	—	Bredower "	4	—
" "	5	—	Walzmühl-A.	5	—
St.-Schldsch.	3½	—	St.Portl.-Cem.-		
P. Präm.-Anl.	3½	—	Fabrik	4	—
Pomm.Pfdbr.	3½	—	Stett. Dampf		
" "	4	—	Schlepp-Ges.	5	—
" Rentenb	4	—	Stett. Dampf-		
Ritt. P.P.B.A.			schiffs-Verein	5	—
à 500 Rtl.	—	—	N. Dampfer-C	4	—
Berl.-St. Eis.-			Germania	4	100½ B
Act. Lt. A. B.	4	—	Vulkan	4	86 B
" Prior.	4	—	Stett. Dampf-		
" "	4½	—	mühlen-Ges.	4	100 B
Starg.-P.E.A.	3½	—	Pommerensd.		
" Prior.	4½	—	Chem. Fabrik	4	—
Stett. Stdt-O.	4½	—	Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stett. Börsh.-			Stettin. Kraft-		
Obligationen	4	—	Dünger-F.-A.	—	—
St. Schausp.-			Gemeinnützige		
Obligationen	5	—	Bauges.-Anth.	5	—

Beim Schluß des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.